

# BKG warnt vor weiteren Klinikinsolvenzen

Anfang Dezember fand im Senatssaal des Bayerischen Landtags in München die traditionelle Mitgliederversammlung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) statt. Tamara Bischof, Vorsitzende der BKG, und Bayerns neue Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU), warnten im Rahmen der Veranstaltung vor einer Klinik-Insolvenzwellen, wenn die Bundesregierung nicht kurzfristig zusätzliche Gelder für die Krankenhäuser zur Verfügung stelle.



Landrätin Tamara Bischof, Vorsitzende der BKG, sprach über die finanzielle Lage der bayerischen Kliniken.

Nach einem einleitenden Grußwort von Tobias Reiß (CSU), 1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags, lenkte Bischof, die gleichzeitig Landrätin des Landkreises Kitzingen ist, in einer politischen Grundsatzrede den Blick auf die prekäre finanzielle Lage der bayerischen Kliniken. Deren Defizite würden sich bis zum Ende des Jahres 2023 auf rund 1,4 Milliarden Euro summieren. Acht von zehn Kliniken erhielten deshalb derzeit einen Verlustausgleich von ihren Trägern. Doch diese Unterstützung, etwa durch die Landkreise und Städte, könne nicht beliebig lange fließen. Außerdem sei die Finanzierung der Krankenhäuser durch das bevorstehende Auslaufen des Inflations-Hilfsfonds im April kommenden Jahres gefährdet. Die Konsequenz: Nachdem es bereits in diesem Jahr Insolvenzen und Standortschließungen von Krankenhäusern gegeben habe, stehe 2024 eine bedrohliche Klinik-Pleitewelle bevor. Um einen Kahlschlag stationärer Versorgungsstrukturen zu verhindern, müsse die Bundesregierung eine verlässliche Finanzierung der Betriebskosten der Krankenhäuser sicherstellen.

Kritisch beleuchtete Bischof in ihrer Rede auch die geplante Krankenhausreform des Bundes.

Durch die äußerst komplizierten Details des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes, die sich in den bereits bekannt gewordenen Arbeitsentwürfen angekündigt hätten, blieben dessen konkrete Auswirkungen vollkommen unklar und riskant. Bislang sei nicht ersichtlich, wie mit der Reform eine Entbürokratisierung erreicht werden könnte. Vielmehr stehe zu befürchten, dass das Krankenhaussystem noch komplexer werde und der administrative Aufwand für alle Seiten weiter steige. Unverständlich sei auch, dass mit viel Steuergeld und Aufwand ein neues Krankenhausregister aufgebaut werden solle, statt die bestehenden Portale weiterzuentwickeln. Der entsprechende Entwurf sehe auch neue sanktionsbehaftete Meldepflichten für die Kliniken vor, ohne, dass die nötigen Grundlagen, geschweige denn die Software, dafür vorhanden seien.

## Gerlach fordert Soforthilfeprogramm für Kliniken

Anschließend betrat Gerlach das Podium. Die Ministerin appellierte an die Bundesregierung,

sich nicht länger einem Soforthilfeprogramm für die Krankenhäuser zu verweigern. Nur so könne verhindert werden, dass „eine Pleitewelle durch die Kliniklandschaft rollt“. Bayern habe Mitte November zusammen mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative gestartet, damit der Bund kurzfristig fünf Milliarden Euro für die Krankenhäuser in ganz Deutschland bereitstelle.

Bei der geplanten Krankenhausreform forderte Gerlach Nachbesserungen: „Wir sind weiterhin bereit, unseren Beitrag zur Reform zu leisten, aber nicht um jeden Preis. So darf es keinen Eingriff in die Planungshoheit der Länder geben! Wir brauchen die nötige Befreiheit, um eine flächendeckende Versorgung sichern zu können“. Beispielsweise müsse sichergestellt werden, dass die Länder bei der Prüfung von Strukturvoraussetzungen für Leistungsgruppen Kooperationen zulassen könnten.

Florian Wagle (BLÄK)